

Informationszentrum

Berlin, 14. 12. 1989

Einschätzungder Lage in den Bezirken am 13. 12. 1989

Nach Einschätzungen der Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates und der Räte der Bezirke sind weiterhin alle Anstrengungen darauf gerichtet, das öffentliche Leben friedlich und gewaltfrei zu gestalten. In zunehmenden Maße bewährt sich dabei das enge Zusammenwirken der örtlichen Staatsorgane mit Vertretern von Bürgergruppierungen, insbesondere des Neuen Forums und bei wachsendem Engagement seitens der Kirche, mit Vertretern aller Konfessionen. In fast allen Bezirken, wie in Halle, Erfurt, Suhl, wurden zwischenzeitlich erste Beratungen am "Runden Tisch" durchgeführt, an denen auch die Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates teilnahmen und akzeptiert wurden. Dabei ging es in erster Linie darum, in Konsens und Sicherheitspartnerschaft Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und anstehende Aufgaben insbesondere auf kommunalpolitischem Gebiet zu beraten.

Alle Beauftragten betreiben eine offensive Öffentlichkeitsarbeit.

Gleichzeitig ist eine Tendenz zur Verschärfung der Lage zu verzeichnen.

1. Die permanent weiter durchgeführten Demonstrationen (z. B. Kamenz, Meißen) mit einer Beteiligung bis maximal 2000 Bürgern werden zunehmend durch ein aggressives Verhalten eines wachsenden Teils dieser Gruppen bestimmt. Forderungen nach sofortiger Vereinigung mit der BRD, Liquidierung der Staatsmacht bis hin zu psychischem Terror gegen Einzelne eskalieren (z. B. Karl-Marx-Stadt, Salzungen).

2. Streiks werden zunehmend als normale Mittel zur Durchsetzung von Forderungen angedroht (Cottbus, Plauen, Görlitz). In wachsender Zahl werden Fälle bekannt, daß ehemalige Mitarbeiter des Amtes für Nationale Sicherheit, Genossen, aber auch gegenwärtig mit Amtsgeschäften betraute Bürger und deren Familien psychisch unter Druck gesetzt und physisch bedroht werden.

Genossen der Kreisleitungen der SED in Halberstadt informierten, daß ihr ehemaliger erster Kreissekretär terrorisiert wird. Unter anderem wurde an die Haustür seiner Wohnung mit Ölfarbe ein Galgen gemalt, an dem ein Mann aufgeknüpft ist und dazu geschmiert: "Winckler - hängt ihn auf" wobei mit roter Farbe Blutropfen auf die Erde sickern. Ist solche Handlungsweise schon kriminell, so schmerzt es uns besonders, daß wir in unseren Arbeits- und Lebensinteressen von unserer Partei im Stich gelassen werden.

Aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt wurde informiert, daß sich in diesem Bezirk ca. 2000 Frauen von ehemaligen Angehörigen des MfS zusammengeschlossen haben, um sich und ihre Kinder vor Repressalien zu schützen.

3. Die von den Strafgefangenen erzwungene Amnestie wirft bereits in den ersten Tagen eine Vielzahl ungelöster Probleme auf (Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung), da den örtlichen Organen keinerlei Zeit für eine geordnete Wiedereingliederung bleibt. Breite Kreise der Bevölkerung zweifeln die Richtigkeit dieser Entscheidung unter den gegenwärtigen innenpolitischen Bedingungen an.
4. Der Auftrag zur Auflösung der Kreisämter für Nationale Sicherheit ist in allen Bezirken ausgeführt. Die damit verbundene Überführung der Objekte und Einrichtungen in Rechtsträgerschaft der jeweiligen örtlichen Räte ist bisher in 6 Bezirken abgeschlossen (Berlin, Cottbus, Erfurt, Frankfurt/Oder, Gera, Karl-Marx-Stadt). Unsicherheit gibt es bei den örtlichen Räten, wie mit den für den Verteidigungszustand vorgesehenen Ausweichführungsstellen zu verfahren ist. Die Arbeitsfähigkeit der Bezirksämter ist bis auf die Ämter in Magdeburg und Rostock vorhanden.

Völlig unbefriedigend ist die Situation der beruflichen Eingliederung freigesetzter ehemaliger Mitarbeiter der Kreisdienststellen, deren Einsatz in zivilen Bereichen auf massiven Widerstand oft ganzer Belegschaften stößt.

5. Die Arbeitsfähigkeit in den örtlichen Staatsorganen wird in wachsendem Maße beeinträchtigt durch Behinderungen und Forderungen von Bürgergruppen nach Amtsniederlegung von Vorsitzenden der Räte, Ratsmitgliedern und Bürgermeistern. Teilweise halten Volksvertretungen und ihre Räte dem psychischen Druck nicht stand und treten geschlossen zurück. So sind beispielsweise die Ratskollektive des Rates des Bezirkes Rostock sowie der Räte der Kreise Auerbach, Eisenach, Gransee und Plauen-Land zurückgetreten. Zurückgetreten bzw. aus ihrer Funktion abberufen sind mit Stand vom 12. 12. 1989
- . 4 Vorsitzende von Räten der Bezirke (Dresden, Frankfurt/Oder Rostock, Schwerin)
 - . 49 Vorsitzende von Räten der Kreise
 - . 10 Oberbürgermeister.

Auch wenn zurückgetretene Ratskollektive "amtierend" die Geschäfte weiterführen und damit die Arbeitsfähigkeit zur Lösung der dringenden anstehenden Aufgaben im wesentlichen sichern, wurden in 28 Fällen bisher die Funktionen der Vorsitzenden der Räte der Kreise und in 9 Fällen die der Oberbürgermeister nicht neu besetzt. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit der Räte.

In vielen Eingaben an den Vorsitzenden des Ministerrates äußern sich Bürger besorgt über die Ausuferung des beginnenden und sich weiter ausweitenden rechtlosen Zustandes in unserer Republik und zunehmend in den Grenzortschaften. Sie halten es dringend für erforderlich, daß die Regierung Maßnahmen zur Erhöhung der Rechtssicherheit und der Autorität der Staatsorgane trifft. So ist es erforderlich, den Schutz unserer Staatsgrenzen zu garantieren und über die Presse die Rechtsgrundlagen klar und deutlich mit Konsequenzen zu formulieren. Ebenso wird gefordert, sofort unsere Gesellschaft auch nach innen so zu stabilisieren, daß Rechtsstaatlichkeit und -sicherheit allseitig durchgesetzt werden.

Androhungen von Gewalt, erzwingen von Objektdurchsuchungen, gewaltsame Grenzdurchbrüche, Beleidigungen, Morddrohungen, bis zur Schändung von Gebäuden und Staatsflaggen beweisen die Brisanz der gegenwärtigen Entwicklung.

Erwartet wird von der Regierung die Initiative, die Grenzen von Recht und Gesetz klar und deutlich abzustecken und diesen Aussagen Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung, auch wenn sie unpopulär sind, folgen zu lassen.

Einzelprobleme

- Die Grenzorgane Erfurt informierten über eine ihnen vom Bundesgrenzschutz übermittelten Warnung, wonach im Zusammenhang mit dem bevorstehenden visafreien Reiseverkehr für Bundesbürger mit einem verstärkten Abkauf von Waren und einer eskalierten Einreise von rechtsradikalen Gruppen zu rechnen ist.
- Es mehren sich die Kontaktaufnahmen von Ortschaften der DDR mit Ortschaften der BRD. Hierbei werden selbständig Gespräche über finanzielle Maßnahmen seitens der BRD zur "Unterstützung" der DDR-Gemeinden geführt. Gleiches trifft auf Betriebe und Einrichtungen zu. So wurden Sondierungsgespräche zur Stadtanierung in Eisenach, zur Rekonstruktion der Heizungsanlage im Hotel "Stadt Eisenach" geführt. Es gibt auch bereits Kontakte des Handwerks und von Kleinbetrieben mit dem Ziel des Verkaufs von Waren, um dafür westliche Technik zu erwerben (z. B. Sömmerda).
- Die rechtzeitige Einbeziehung der Territorialorgane (BDVP, OB) in die protokollarische Vorbereitung des Kohl-Besuches wird als zwingend erforderlich angesehen.
- Im Pionierbataillon 44 Mukran streiken seit dem 13. 12. 1989 ca. 500 Armeeangehörige und fordern ihre Rückkehr in die Heimatbetriebe. Verlangt wird eine Aussprache mit dem Chef Pionierwesen im MFNV, Genossen Generalleutnant Seifert, der sich vor Ort begibt.

- Von Bürgern wurde eine Strafanzeige gegen den Vorsitzenden des Rates des Kreises Schleiz wegen Wahlfälschung gestellt und gegen den Oberbürgermeister der Stadt Jena aus dem gleichen Grunde angedroht.

Es ist einzuschätzen, daß der Druck gegen die Vertreter der örtlichen Staatsmacht weiter zunimmt.

W. Heubner